

Bildung und Schule

1. Wie geht das ganze Bildungssystem nach Corona weiter?

Seit Jahrzehnten wissen wir: Der Zugang zu Bildung ist in Deutschland stark von der sozialen Herkunft abhängig. Die Coronakrise hat Probleme verschärft, die es schon vorher gab. Während manche Kinder ein eigenes Zimmer und einen Laptop zum Lernen haben, müssen sich andere beides mit Geschwistern teilen oder Aufgaben auf dem Handy lösen und hoffen, dass das Datenvolumen zum Herunterladen reicht. Das deutsche Bildungssystem verstärkt die soziale Spaltung der Gesellschaft, statt ihr entgegenzuwirken. Wer wohlhabende Eltern hat, hat bessere Chancen, Abitur zu machen und zu studieren. 74 Prozent der Akademikerkinder beginnen ein Studium, aber nur 21 Prozent der Kinder ohne Akademikereltern. Bei den Bachelor-Absolvent*innen beträgt ihr Anteil 15 Prozent, beim Master nur noch 8 Prozent. Für viele Kinder fällt schon nach der Grundschule die Entscheidung, welche weiterführende Schulform sie besuchen werden, und damit auch, welche Türen ihnen künftig verschlossen bleiben. Und in Bildung wird viel zu wenig Geld investiert. Unsanierte Schulen mit schlechter Ausstattung sind ein sichtbares Zeichen dafür. Das betrifft besonders ärmere Regionen, in denen Familien das kaum durch private Ausgaben für Ausstattung oder Nachhilfe ausgleichen können. Die Schuldenbremse hat diese Probleme noch verschärft. Allein der Sanierungsbedarf bei Schulen wird bundesweit inzwischen auf fast 50 Milliarden Euro geschätzt. An den Hochschulen müssten bis 2025 etwa 35 Milliarden Euro investiert werden, um den Modernisierungsstau abzubauen. Hörsäle und Seminarräume sind häufig überfüllt, und es gibt zu wenig Personal. Und wie andere Dienstleistungen wurde auch die Schulreinigung vielerorts ausgelagert. Die Folge: Die Reinigung wird an die billigsten Anbieter*innen vergeben, Reinigungskräfte arbeiten unter Druck und schaffen es nicht, in der vorgegebenen Zeit fertig zu werden. Toiletten und Klassenräume sind dreckig, Schüler*innen und Lehrer*innen leiden darunter. Wir stellen sozialer Spaltung in der Bildung, Leistungsdruck und Unterfinanzierung eine andere Idee entgegen. Durch den Zugang zu Bildung sollen soziale Benachteiligungen abgebaut, nicht noch verstärkt werden. Wir wollen gemeinsames solidarisches Lernen statt Konkurrenz und Notendruck. DIE LINKE setzt sich für ein inklusives Bildungssystem ein, in dem Menschen individuell gefördert werden.

2. Was sind die Perspektiven in der Jugendarbeit in

Hinblick auf Corona? Wann wird definitiv wieder uneingeschränkt Jugendarbeit möglich sein? --> Nachdem keine Impfpflicht besteht, muss es ja einen Punkt geben (max. Impfquote...) ab dem wieder geöffnet wird, oder?!

Ich bin der Auffassung, dass essentielle Bereiche der Sozial- und Jugendarbeit inzwischen wieder uneingeschränkt wieder aufgenommen und gleichzeitig enorm ausgebaut werden müssen. Bereits vor Corona von 1997-2019 hat sich die Zahl der psychischen Erkrankungen um 208% gesteigert, dabei sind Jugendliche besonders schwer betroffen. Gerade im jungen Alter ist es nachgewiesen, dass eine gut ausgebaute Jugendsozialarbeit und frühe psychologische Betreuung schlimmere Folgeerscheinungen und das Anhalten depressiver Episoden verhindern kann. Deshalb muss jetzt zu einem Zeitpunkt an dem alle ein Impfangebot erhalten haben und die besonders vulnerablen Personen weitestgehend geschützt sind eine neue Setzung der Prioritäten erfolgen. Denn es muss allen klar sein, dass 3 Lockdowns, Kontaktbeschränkungen und Ausgangssperren an dem Leben junger Menschen nicht spurlos vorbeigezogen sind und nach dem Schutz der älteren Menschen unserer Gesellschaft, der der jungen Generation oberste Priorität haben muss. Das bedeutet nicht, dass man alles unbegrenzt öffnen kann aber in essentiellen Bereichen wie in der Jugendarbeit müssen Sonderrechte eingeräumt werden.

3. Wie sorgen Sie mit dafür, dass Jugendliche und Kinder aus "sozial schwierigen" Verhältnissen, eine gute Schulbildung und gute Berufschancen bekommen?

Die soziale Ungleichheit in der Bildung ist leider sehr vielschichtig und es gibt nicht DIE Lösung für dieses Problem, jedoch gibt es eine Vielzahl von Stellschrauben die man in der Vergangenheit nahezu verrostet hat lassen und an denen wir nun drehen wollen.

Wir kämpfen für mehr Personal in Bildung und Erziehung. DIE LINKE fordert eine Offensive des Bundes für mehr Lehrkräfte, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen. Wir brauchen 100.000 Lehrkräfte und 200.000 Erzieher*innen zusätzlich und Schulsozialarbeit an jeder Schule!

Jede*r Schüler*in muss die Möglichkeit haben, eine Ganztagschule zu besuchen, idealerweise eine Gemeinschaftsschule. Dadurch kann gewährleistet werden, dass Bildung nicht davon abhängt, ob die Eltern sich die/den Nachhilfelehrer*in leisten kann.

Der Rechtsanspruch auf inklusive Bildung und das Recht auf das gemeinsame Lernen in einer Regelschule gehört in jedes Schulgesetz. Alle Schulen müssen über barrierefreie Zugänge für alle Kinder verfügen, die nicht nur auf die baulichen Voraussetzungen beschränkt werden dürfen.

Schulsozialarbeit muss ein fester Bestandteil von schulischer Arbeit werden – an jeder Schule und dauerhaft. Dafür muss sie im Jugendhilferecht als Regelaufgabe verankert werden. Durch ein Programm zur Schulsozialarbeit wird der Einsatz mindestens einer Fachkraft für Schulsozialarbeit je 150 Schüler*innen garantiert. Diese sollen gut mit Berufs- und Studienberatungsstellen vernetzt sein, um Schüler*innen, die nicht aus Akademikerfamilien kommen, den Weg an die Hochschulen zu erleichtern.

Medienkompetenz muss umfassend gestärkt werden: in der vorschulischen Bildung, in Schule und Unterricht, in der Arbeitswelt, in zivilgesellschaftlichen Projekten und bis ins hohe Alter.

Mindestens 50 Milliarden Euro sind nötig, um die Schulen zu sanieren. Gerade in sogenannten Brennpunktschulen fehlt das Geld. Wir wollen den Königsteiner Schlüssel als Verteilungsinstrument für Fördermittel des Bundes für Bildung durch einen Sozialindex ersetzen. Der Sozialindex soll Mittel bedarfsgerecht auf die Länder und innerhalb der Länder auf Kommunen verteilen, damit genug Geld da ankommt, wo es auch wirklich gebraucht wird.

Dies sind nur einige Punkte aus unserem umfassenden Wahlprogramm, mit denen wir die Bildungsungleichheit bekämpfen möchten. Deshalb empfehle ich unser Wahlprogramm falls tiefergehendes Interesse besteht.

4. Reformation Bildungssystem: Anpassung der Lehrinhalte an lebensbezogene Inhalte.

Schule sollte so organisiert sein, dass die sozialen Unterschiede nicht noch verstärkt, sondern möglichst ausgeglichen werden. Wir wollen eine Schule, die ohne Hausaufgaben auskommt und private Nachhilfe überflüssig macht. Im schulischen Alltag muss Raum und Zeit dafür geschaffen werden. Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Schulpsycholog*innen und medizinisches Fachpersonal sollen in multiprofessionellen Teams zusammenwirken. Die Gemeinschaftsschule ist demokratisch organisiert mit einer wirklichen Mitbestimmung von Schüler*innen.

Wir wollen die Ökonomisierung der Bildung rückgängig machen. Denn heutzutage liegt der Fokus fast ausschließlich auf der Ausbildung der Schüler*innen. Wir wollen eine auf das Individuum angepasste Bildung welche den Kindern und Jugendlichen wichtige Kompetenzen für ihren Lebensalltag vermittelt.

Klimapolitik

1. Wie wird sich die Klimapolitik verändern? Welche Forderungen werden an die Wirtschaft gestellt?

Es geht längst nicht nur um den Klimawandel: Umweltforscher*innen gehen davon aus, dass von neun planetaren Grenzen (also physikalischen Grenzen des ökologischen Erdsystems) einige bereits überschritten sind. Das betrifft insbesondere die Erderwärmung, das massenhafte Artensterben, die Veränderung der Landnutzung sowie die Störung der Phosphor- und Stickstoffkreisläufe. Jedes dieser Probleme hat das Potenzial, unserer Gesellschaft die materielle Grundlage zu entziehen. Die Coronapandemie zeigt: Die Zerstörung natürlicher Lebensräume lässt die Wahrscheinlichkeit von Pandemien rasant steigen. Diesen verheerenden Prozess der Naturzerstörung müssen wir stoppen.

Da über 70% des Weltweiten CO₂ Ausstoßes von insgesamt 100 Firmen produziert werden, ist es ein Irrglaube man könnte den Klimawandel auf die Konsument*innen schieben und individualisieren. Für einen wirksamen Klimaschutz braucht es klare Vorgaben für die Industrie!

Die Bundesregierung muss, zusammen mit den Belegschaften, den Gewerkschaften, Wissenschaft, Umwelt- und Sozialverbänden einen verbindlichen Zukunftsplan für die Industrie entwickeln, der für eine klimaneutrale Industrieproduktion bis 2035 sorgt und mit Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien für die Beschäftigten verbunden ist. Die Industriekonzerne müssen verpflichtet werden, diesen Umbau in die Wege zu leiten – sie sind gemäß dem Grundgesetz auf das Gemeinwohl zu verpflichten. Bei der Finanzierung der ökologischen Modernisierung der Produktion wollen wir die Konzerne und Aktionäre in die Pflicht nehmen. Zur Erinnerung: Allein Daimler, VW und BMW hatten im vergangenen Jahr Gewinnrücklagen in Höhe von knapp 180 Milliarden Euro.

Ein Industriefonds über 20 Milliarden Euro im Jahr: Mit einem staatlichen Transformationsfonds über 20 Milliarden Euro im Jahr soll der notwendige ökologische Umbau insbesondere in der Autozulieferindustrie unterstützt werden. Von diesem Fonds profitieren nur Betriebe, die Arbeitsplätze sichern, gute Löhne und flächendeckende Tarifverträge haben.

Ein Investitionsprogramm für einen zukunftssicheren Umbau hin zu einer klimaneutralen Stahl- und Grundstoffindustrie, unter anderem mit Einsatz von grünem Wasserstoff. Staatliche Hilfgelder darf es nur mit demokratischer Kontrolle und im Gegenzug zu öffentlichen Eigentumsanteilen an den Stahlkonzernen und einer stärkeren Mitbestimmung der Belegschaften geben.

Wir wollen ein sozial wie klimagerecht ausgerichtetes Lieferkettengesetz. Das Gesetz muss das Pariser Abkommen sowie eigenständige umweltbezogene Sorgfaltspflichten für Unternehmen verankern (vgl. Kapitel »Soziale Gerechtigkeit weltweit«).

Wir setzen uns für einen europäischen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus ein, der den Import CO₂-intensiver Produkte bepreist. So verhindern wir, dass die Dekarbonisierung der Industrie in Deutschland und der Europäischen Union zulasten der hiesigen Beschäftigten geht und zur Verlagerung von CO₂-intensiver Produktion in Drittstaaten führt.

Demokratie in der Wirtschaft. Genossenschaften und solidarische Ökonomie fördern
Wir wollen mehr Demokratie auch in der Industrie fördern: Gelder für Forschung und Entwicklung, für die Stärkung einer regionalen Industriestruktur sollen durch regionale Wirtschafts- und Transformationsräte kontrolliert werden, in denen neben der Landesregierung und Unternehmen auch Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände gleichberechtigtes Stimmrecht haben.

Demokratische öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen können in Zukunft im Mittelpunkt einer nicht kapitalistischen Wirtschaftsweise stehen.

Genossenschaften und Belegschaftsbetriebe bauen auf Wissen, Erfahrung und Kompetenzen der Beschäftigten auf und geben ihnen mehr Möglichkeiten, über Art und Inhalt der Produktion mitzubestimmen. Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, müssen unsere Lebensverhältnisse einschließlich der (Rüstungs-)Industrie umgebaut werden. Betriebliche Mitbestimmung entwickeln wir zu echter Wirtschaftsdemokratie weiter. Das ist auch notwendig, weil Impulse aus Politik und Wirtschaft nicht ausreichen werden, das Klima in der gebotenen Geschwindigkeit zu schützen.

Staatliche Fördergelder müssen vorrangig für ökologische Modernisierung, regionale Strukturpolitik in wirtschaftlich abgehangenen Regionen und für Genossenschaften verwendet werden. Genossenschaften müssen in allen Bereichen der staatlichen Wirtschaftsförderung gleichberechtigt berücksichtigt werden.

2. Was wird aktiv für die Klimapolitik und gegen die Erderwärmung getan, um weitere Überflutungskatastrophen zu verhindern.

Siehe 1.

+

Um das Klima zu retten, müssen erneuerbare Energien bis 2035 das System der fossilen Energien ersetzen. Erneuerbare Energien sind begrenzt durch Ressourcen und verfügbare Flächen. Deshalb ist die Begrenzung des absoluten Verbrauchs notwendig. Die Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz wird so ausgerichtet, dass es auch für Kleinbetreiber und Kommunen rentabel ist. Die großen Energiekonzerne werden entmachtet und Energieversorgung wird am Gemeinwohl ausgerichtet. Durch die Energiewende in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand können bis 2030 über 100.000 hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze in der Produktion, Installation und Wartung dieser Anlagen geschaffen werden. Investitionen in die Energiewende stärken insbesondere die regionale Wirtschaft (vgl. Kapitel »Klimagerechtigkeit und Energiewende«).

Wir bauen Bus und Bahn aus und senken die Preise drastisch. Im Nahverkehr führen wir ein 365-Euro-Jahresticket ein, schrittweise machen wir ihn für die Nutzer*innen vollständig kostenlos. Sind Menschen nicht mehr auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen, können Autos durch ökologische Verkehrsmittel ersetzt werden. Wir brauchen weniger Autos und Modelle mit einem geringeren ökologischen Fußabdruck. Dieser Umbau darf nicht dem Markt und privaten Konzernen überlassen werden. Kurzstreckenflüge und große Teile des Güterverkehrs verlagern wir auf die Schiene. Wir investieren in Radwege, Fußwege und Stadtbau, fördern kurze Wege und schaffen vernetzte Mobilität (vgl. Kapitel »Gerechte Mobilität«).

3. Wo sehen Sie Nachholbedarf im Bereich Katastrophenschutz in den Landkreisen Main-Spessart und Miltenberg?

Zwar sind wir in der privilegierten Position hier nur selten von extremen Unwettern getroffen zu werden und sind durch die Erfahrung früherer Generationen in der Region weitestgehend gut gegen Überflutungen und ähnliches gerüstet, jedoch gibt es auch bei uns keine einheitlichen Warnsysteme. Deshalb braucht es wieder eine bundesweite Sirenenpflicht für alle Kommunen. Zudem sollte der Katastrophenschutz als Institution unabhängig der Bundeswehr in allen Regionen eingeführt werden. Außerdem braucht es mehr finanzielle Mittel für Feuerwehren und THW bei ersterem vor allem in kleinen Kommunen die nicht über die finanziellen Ressourcen verfügen die freiwilligen Helfer*innen ausreichend auszustatten.

Klimaschutz ist gleichzeitig auch Katastrophenschutz. Starke Kommunen mit klimaneutraler, sozialer Infrastruktur für ein besseres Leben: Wir entlasten die Kommunen, fördern benachteiligte Regionen und investieren in gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes. Bei Investitionsmitteln wird ein Vorrang für strukturschwache Regionen und sozial abgehängte Kommunen und Stadtteile eingeführt. Durch Strom-, Mobilitäts- und Wärmewende entstehen sozial gerechte und klimaneutrale Kommunen mit mehr Lebensqualität für alle: bezahlbares Wohnen, gute wohnortnahe Gesundheitsversorgung, kurze Wege, weniger Lärm, mehr Parks und Urban Gardening, Spielplätze und Sportanlagen, preiswerte und klimafreundliche Naherholungsangebote.

4. Welchen KONKRETEN Maßnahmen schlagen die Parteien für mehr Klimaschutz vor? (Nicht: soviel weniger Prozent Ausstoß, sondern welche Maßnahme, also z.B. Verbrenner-Verbot).

Siehe 1. und 2.

In den 150 Seiten Wahlprogramm drehen sich bei uns rund 50 Seiten um Klimaschutz und die sozialökologische Wende. Wir sind die Partei mit dem radikalsten und gleichzeitig sozialsten und ökonomisch durchdachtsten Klimapaket.

Als weitere Beispiele für unsere konkreten Pläne könnte man beispielsweise die Investitionsoffensive in 2 Millionen klimaneutrale Arbeitsplätze nennen, welche sich durch die zusätzlichen Steuereinnahmen selbst finanziert.

Aber auch der Kohleausstieg bis 2030, die Klimaneutralität in der Energieversorgung bis 2035, die Forschungsinvestitionen in grünen Wasserstoff sind Punkte die wir im Wahlprogramm stehen haben.

Strom- und Wärmenetze müssen in die öffentliche Hand überführt und demokratisch kontrolliert werden. Große Energiekonzerne werden vergesellschaftet. Wenn der Kohleausstieg beschleunigt und eine dezentralisierte Energieversorgung mit Speichersystemen vorangebracht wird, ist ein deutlich geringerer Netzausbau erforderlich, als er jetzt – getrieben von den Profitinteressen der Übertragungsnetz- und Kohlekraftwerksbetreiber – geplant ist.

Wir wollen eine strukturelle Reform des EEG. Der Ökostromanteil muss so schnell wie möglich auf 100 Prozent erhöht werden. Ausschreibungssysteme sind für

Bürgerenergieprojekte teuer, riskant und aufwendig, wir lehnen sie für Projekte bis 18 Megawatt bzw. fünf Anlagen ab.

Der Zubau an erneuerbaren Energien muss in der nächsten Legislaturperiode und in den Folgejahren stetig gesteigert werden. In den Jahren bis 2025 wollen wir pro Jahr mindestens 10 Gigawatt (GW) Fotovoltaik installieren, sowie 7 GW Windenergie an Land und 2 GW auf See.

DIE LINKE unterstützt eine regional ausgerichtete und in der Bevölkerung verankerte Energiewende, zum Beispiel Energiegenossenschaften und Bioenergiedörfer. Institutionen, Einrichtungen, Betriebe, Städte und Kommunen sollen das gesetzliche Recht zum Kauf der von ihnen für die Energieerzeugung und -eigenversorgung genutzten Netze erhalten. In kommunalen Stadtwerken unter direkter demokratischer Mitgestaltung der Bevölkerung können ökologische Energiegewinnung und bezahlbare Energiepreise am besten erreicht werden. Gleichzeitig werden damit Grundlagen zur Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen geschaffen.

Um die Energiewende voranzubringen, wollen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Hauseigentümer, Mietervereinigungen, Betriebe und Kommunen verbessern, die ihre Energieversorgung in die eigene Hand nehmen wollen. DIE LINKE unterstützt Mieterstromkonzepte einer hauseigenen Stromversorgung durch Fotovoltaikanlagen auf dem Dach. Wir wollen eine Solarpflicht für Neubauten sowie für Bestandsbauten nach einer umfassenden Dachsanierung und wenn eine technische Eignung zur Solarstromerzeugung besteht.

Aber auch das sind nur Auszüge aus unserem sehr detailliert ausgearbeiteten und wissenschaftlich geprüften Wahlprogramm.

5. Wie stehen die Parteien zum Tempolimit auf Autobahnen, und was halten sie davon, innerorts generell nur noch 30 kmh zu erlauben? (Das erhöht auch die Verkehrssicherheit für Kinder!)

Ohne viel Gerede: Tempolimit 130 auf Autobahnen finden wir gut und 30 Innerorts fordern wir schon seit Jahren überall.

6. Was hat ihre Parte in den letzten 30 Jahren konkret gegen den menschengemachten Klimawandel getan?

Da wir in Deutschland die letzten 30 Jahre nie Teil einer Bundesregierung waren, haben wir leider nie die Möglichkeit gehabt, unsere Programmpunkte flächendeckend durchzusetzen. In den Ländern in denen wir Teil der Regierung waren haben wir aber den Ausbau der erneuerbaren Energien stark vorangetrieben und den ÖPNV ausgebaut und vergünstigt. Auf kommunaler Ebene haben wir vielerorts für die Einführung eines 365€ Bus- und Bahntickets für alle gesorgt, so wie wir es mit unserem Bürgerbegehren 365vab.de auch hier in unserer Region vorhaben. Zudem gibt es die Absprachen aller kommunalen Mandatsträger*innen,

die zur Einführung von verpflichtenden Solaranlagen auf den Dächern neugebauter Häuser geführt hat.

Generationengerechtigkeit

1. Wie stellen die Parteien sich langfristig Rentenpolitik vor, um Altersarmut zu vermeiden?

Um nach 45 Jahren Beschäftigung nicht in Altersarmut zu verfallen braucht es in diesem Zeitraum mindestens ein Bruttogehalt von 12,62€ pro Stunde. Daher fordern wir einen Mindestlohn von 13€ die Stunde und gleichzeitig eine Mindestrente von 1200€ im Monat. Zudem wollen wir die private Rentenversicherung abschaffen und durch einen gesetzlichen solidarischen Rententopf ersetzen, in den ALLE (auch Politiker, Selbstständige, Beamte und Unternehmer) zu gleiche prozentualen Teilen einzahlen. Denn aktuell muss man ab einem gewissen Betrag nicht mehr zahlen, egal wie viel mehr man verdient. Das bedeutet wer 1 Millionen Euro Jahreseinkommen hat zahlt prozentual sehr viel weniger von dem ein, was jemand der 2000 Euro im Monat verdient einbezahlt. Diese Ungerechtigkeit wollen wir beenden und mit dem Modell nach Österreicher Vorbild (wo die Durchschnittsrente 500€ höher als in Deutschland liegt), eine gute Rente für alle schaffen.

2. In der Corona-Politik sind Kinder und Jugendliche oft vergessen oder hintenangestellt worden. Was sind Ihre ersten Schritte für die Jugend nach der Bundestagswahl? Welche Dinge wollen Sie für die jungen Menschen konkret angehen?

Auch hier sind die Punkte zu vielfältig um sie alle nennen zu können. Wir wollen einen kostenlosen Zugang zu Kulturellen Veranstaltungen und Institutionen wie Museen ermöglichen, die Jugendsozialarbeit stark ausbauen, einen Kostenlosen Nahverkehr für Jugendliche und mehr Freizeit durch eine Schulzentrierte Bildung ermöglichen, um nur wenige Punkte zu nennen. Kommunal gibt es auf Initiative unserer Mandatsträger*innen auch Förderfonds für Jugendliche, die auf Festivals und Konzerte gehen möchten, sich den Eintritt aber nicht leisten können. Grob geagt wollen wir der Jugend ermöglichen das aufzuholen, was sie während der Lockdowns verpasst haben.

1. Wie wollen Sie unsere Region weiter fördern?

Auch hier spielt unser Bürgerbegehren für ein 365€-Bus- und Bahnticket für alle + kostenfreies Sozialticket für Schüler*innen, Student*innen, Azubis und alle unterhalb der Armutsgrenze eine zentrale Rolle. Denn eine kostengünstige Mobilität ermöglicht auch den regionalen Unternehmen mehr Arbeitnehmer*innen und Kund*innen zu erreichen, da diese einfache zu ihren Standorten gelangen, Dadurch bleibt unsere Region wirtschaftlich attraktiv.

Außerdem erleben wir, dass Jugendliche zum Beginn ihres Studiums oder zum Nachholen des (Fach-) Abiturs unsere Region verlassen müssen, da es hier kein ausreichendes Bildungsangebot gibt. Deshalb müssen wir die BOS in Aschaffenburg und Obernburg jeweils um den sozialen und textilen Zweig erweitern um eine Umfassende Schulbildung zu ermöglichen. Des Weiteren müssen wir den Hochschulstandort unserer Region stark ausbauen. Es darf nicht sein, dass die TH Aschaffenburg die einzige Hochschule am Bayerischen Untermain ist und gleichzeitig fast ausschließlich technische und ökonomische Studiengänge umfasst. Hier müssen Naturwissenschaften, Geisteswissenschaften und Sozial- und Gesellschaftswissenschaften ergänzt werden, sodass unsere Region attraktiv für junge Menschen bleibt.

Auch das Gesundheitswesen muss in unserer Region reformiert werden. Es darf nicht sein, dass aufgrund der privaten Trägerschaft unserer Krankenhäuser Personal unterbezahlt und überarbeitet ist, nur damit für die Aktionäre etwas mehr übrig bleibt. Deshalb setzen wir uns für eine Rekommunalisierung der Krankenhäuser ein.

2. Was ist ein gemeinsamer Wertekanon, auf den wir alle bauen können?

Wir haben uns bereits auf einen Wertekanon geeinigt der in unserem Grundgesetz verankert ist. Leider haben die ersten 19 Artikel inzwischen häufig nur noch eine symbolische Wirkung. Menschen die Asyl in Europa stellen wird die Würde durch Elendslager wie Moria genommen, alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, sofern sie weiße, biodeutsche, heterosexuelle, berufstätige Männer mittleren Alters sind und die Freizügigkeit wird durch die legale Spekulation mit Wohnraum massiv eingeschränkt. Enteignet werden nur die die sich nicht wehren können, um Dörfer abzubauen oder neue Straßen zu bauen und ein Recht auf körperliche Unversehrtheit hat man nur, wenn man ein Bleiberecht in Deutschland hat, welches allen laut Grundgesetz garantiert sein sollte und trotzdem werden Menschen abgeschoben.

Unser Grundgesetz wäre unser gemeinsamer Wertekanon, würde man politisch nicht alles dafür tun es zu umgehen.

3. Wie schützen Sie unser Grundgesetz?

Wir gehen gegen die Feinde unserer Verfassung auf die Straße und demonstrieren. Außerdem wollen wir über das Bildungswesen allen Schüler*innen den im Grundgesetz festgeschriebenen Wertekanon vermitteln und die Extremismusprävention massiv ausbauen. Wir sind anders als Parteien wie Union und FDP gegen die Privatisierung staatlicher Kompetenzen, da man durch sie selbige an ein undemokratisches Instrument (den Markt) abgibt und damit für einen Demokratieabbau sorgt. Wir wollen mehr direkte Demokratie auch auf Bundesebene und wollen dass das die Grundrechte in unserer Verfassung nicht mehr als Floskeln sondern Leitlinien für unser Zusammenleben gelten.

Familie und Soziales

1. Was passiert gegen soziale Ungerechtigkeiten?

Die letzten 16 Jahre Merkelregierung haben dazu geführt dass es so viele Milliardäre und Millionäre wie noch nie in Deutschland gibt. Gleichzeitig waren noch nie so viele Menschen überschuldet (6,8 Millionen Menschen) und noch nie gab es eine so große Kinderarmut (2 Millionen Kinder) und Altersarmut (3,1 Millionen Menschen). Das ist im wahrsten Sinne ein Armutszeugnis für die Bundesregierung.

Soziale Rechte für alle, die vor Armut schützen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen: Wir stärken den Sozialstaat durch soziale Garantien auf Basis solidarischer Umlagesysteme, die alle Menschen wirksam gegen die Risiken des Lebens schützen. Wir garantieren einen guten Lebensstandard für alle in allen Lebensphasen und Lebenssituationen – auch in der Rente. Wir wollen einen garantierten Schutz vor Armut. Sanktionen und entwürdigende Antragsverfahren schaffen wir ab. Zusammengefasst wollen wir ein garantiertes Mindesteinkommen von 1.200 Euro in jeder Lebenssituation, in der es gebraucht wird.

■ Soziale Dienstleistungen und öffentliche Infrastrukturen, die Zugang für alle ermöglichen: Soziale Dienstleistungen – zum Beispiel im Gesundheits-, Pflege-, Bildungs- und Sozialwesen – und öffentliche Infrastrukturen – zum Beispiel Bibliotheken, Theater, Schwimmbäder, Straßen, Nahverkehr – sind deshalb zentral für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Als Teil des gesellschaftlichen Reichtums sind sie öffentliche Güter, die allen Mitgliedern der Gesellschaft zugutekommen und deshalb gemeinwohlorientiert verfasst sein sollen. Wir verstehen diese Dienstleistungen und Infrastrukturen als Sozialeigentum aller Bürger*innen.

■ Ein »neues Normalarbeitsverhältnis« für gute und planbare Erwerbsarbeit, die sicher ist und zum Leben passt: Sinnhafte Erwerbsarbeit, kürzere Arbeitszeiten und Löhne, die für ein gutes, planbares und sicheres Leben reichen. So können wir auch die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zurückdrängen. Gute Arbeit sichert auch Steuereinnahmen und Versicherungsbeiträge für die Ausweitung des demokratischen Sozialstaats.

Soziale Rechte: Eine gerechte Versicherung gegen Erwerbslosigkeit

Die Erwerbslosigkeit in Deutschland ist durch die Coronakrise wieder gestiegen. Der Anstieg fiel in den neuen Bundesländern höher aus als in den alten. Für viele Erwerbslose bedeutet das den Absturz in Hartz IV. Wer jahrelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, ist trotzdem von Armut bedroht.

Lang erworbene Versicherungsansprüche werden vernichtet. Wir wollen eine Arbeitslosenversicherung, die den zuvor erreichten Lebensstandard annähernd sichert. In die Versicherung zahlen Beschäftigte und Arbeitgeber*innen ein. Ziel unserer Verbesserungen der Arbeitslosenversicherung ist es, möglichst viele Menschen gut abzusichern. Dies schließt auch die Erwerbstätigen ein, die bislang von der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung noch ausgeschlossen sind (zum Beispiel Soloselbstständige und Freiberufler*innen). Dazu erweitern wir das bereits bestehende Arbeitslosengeld und führen ein neues Arbeitslosengeld Plus ein.

- Wir wollen ein Recht auf Erwerbsarbeit mit einem einklagbaren individuellen Rechtsanspruch. Das schließt auch das Recht ein, eine konkrete Erwerbsarbeit abzulehnen.
- DIE LINKE setzt sich für die Stärkung der Arbeitslosenversicherung ein: Alle Menschen – insbesondere Berufseinsteiger*innen – sollen schneller einen längeren Anspruch auf Arbeitslosengeld erhalten und langjährig Beschäftigte sollen davor bewahrt werden, nach kurzer Zeit in das Hartz-IV-System wechseln zu müssen.
- Zumutbare Arbeitsangebote müssen sich am Grundsatz »Gute Arbeit« orientieren.
- Sperrzeiten und Sanktionen werden ausnahmslos abgeschafft. Insbesondere sollen Beschäftigten keine Sperrzeiten drohen, wenn sie selbst kündigen oder konkrete Arbeitsangebote ablehnen. Qualifizierung und Weiterbildung sollen gestärkt, das Arbeitslosengeld soll auf einheitlich 68 Prozent erhöht und ein Arbeitslosengeld Plus (58 Prozent) eingeführt werden, ebenfalls beitragsfinanziert, Bezugsdauer noch mal so lang wie vorher das Arbeitslosengeld, bei langjährig Versicherten dauerhaft. Jährlicher Inflationsausgleich soll eine Absenkung des Lebensstandards durch Preissteigerungen verhindern.
- Wir wollen die Kurzarbeit als schnell wirkendes Mittel zur Sicherung von Arbeitsplätzen dauerhaft ausbauen. Kurzarbeitergeld wird in Höhe von 90 Prozent des letzten Einkommens gezahlt, die Sozialversicherungsbeiträge werden in voller Höhe ohne Unterbrechung gezahlt. Unternehmen, die Kurzarbeitergeld von der Agentur für Arbeit beziehen, dürfen keine betriebsbedingten Entlassungen vornehmen und keine Dividenden an ihre Anteilseigner*innen auszahlen.

Die Coronapandemie wirkt wie ein Brennglas: Soziale Ungleichheit nimmt weltweit zu. Etwa ein Prozent der Menschheit besitzt 45 Prozent des globalen Vermögens. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung hat so gut wie nichts, während die Reichen immer reicher werden. Dieser Trend beschleunigt sich in der Coronakrise dramatisch. Die UN rechneten das erste Mal seit 1990 wieder mit einem weltweiten Anstieg der Armut.

Bundesregierung und EU verschärfen mit ihrer Handelspolitik und Standortkonkurrenz die internationalen Gegensätze, schwächen internationale Abkommen und Institutionen. Längst gibt es einen neuen Rüstungswettlauf: Die Rüstungsexporte in aller Welt haben den höchsten Stand seit dem Ende des Kalten Krieges erreicht. Die Militarisierung der Außenpolitik hat weder den Terror nachhaltig bekämpft noch mehr Sicherheit geschaffen. Demokratie und Menschenrechte ruft die Bundesregierung zwar gerne an, im politischen Alltag zählen andere Ziele: wirtschaftliche Interessen durchzusetzen oder Europa gegen Geflüchtete abzuschotten.

Wir wollen soziale Gerechtigkeit – weltweit! Wir wollen die Krise nicht nur für Deutschland oder Europa überwinden, sondern global. Niemand ist sicher, bevor nicht alle sicher sind. Den neoliberalen Kapitalismus, der von Deregulierung, Privatisierung und Sozialabbau gekennzeichnet ist, wollen wir überwinden. Wir

wollen Fluchtursachen bekämpfen und nicht Geflüchtete. Wir wollen dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird. Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern. Wir kämpfen für einen Systemwechsel.

Unsere Außenpolitik muss Demokratie, Menschenrechte und Frieden fördern sowie die Zivilgesellschaft unterstützen, statt nur Wirtschaftsinteressen zu dienen und Deals mit Diktatoren zu machen. Sie muss feministisch, sozial und ökologisch werden – also Frauenorganisationen, Gewerkschaften und soziale Bewegungen einbeziehen. Wir kämpfen gemeinsam mit Partnerparteien, mit Gewerkschafter*innen und sozialen Bewegungen für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Klimaschutz, Demokratie und gegen Rassismus. Starke Bewegungen geben uns Hoffnung, wie Fridays for Future oder die Black-Lives-Matter-Bewegung in den USA. Gemeinsam können wir die Welt verändern.

Wir fordern ein Lieferkettengesetz, das seinen Namen verdient. Das Gesetz der Bundesregierung lässt zu viele Lücken. Unternehmen ab 250 Mitarbeiter*innen sowie kleine und mittlere Unternehmen in Risikobranchen müssen verpflichtet werden, entlang ihrer gesamten Wertschöpfungsketten Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit und Umweltzerstörungen auszuschließen. Das beinhaltet eine wirksame zivilrechtliche Haftungsregel, um die Rechte von Betroffenen zu stärken und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Eigenständige umweltbezogene Sorgfaltspflichten, der Einbezug von betroffenen Personengruppen in Entscheidungsprozesse sowie Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit müssen viel stärker gefördert werden.

Aber auch dabei handelt es sich nur um einen kurzen Ausschnitt aus dem Wahlprogramm. Dort findet sich ein umfassender Aktionsplan gegen die soziale Ungleichheit in Deutschland und weltweit wieder.

2. Soll das Renteneintrittsalter weiterhin erhöht werden oder wie wollen die Parteien dies verhindern und trotzdem ein Altern in Würde ermöglichen?

NEIN! Zu der Frage der zukünftigen Rentenfinanzierung habe ich aber bereit geantwortet. Wir wollen das Renteneintrittsalter absänken und die Rente erhöhen. Das ist problemlos finanzierbar, wenn Reiche und Superreiche in dieser Frage keine Sonderstellung mehr bekommen sondern wie alle anderen in die gesetzliche Rente einzahlen müssen.

3. Was sind Ihre Visionen für eine bessere Gemeinschaft, Austausch und Gleichstellung in der Gesellschaft? Was sind Ihre Maßnahmen gegen ideelle, politische, religiöse und sozioökonomische Spaltung der Gesellschaft?

Die Visionen sind auf unseren 150 Seiten Wahlprogramm zusammengefasst.

DIE LINKE kämpft für soziale Gerechtigkeit und Frieden, wir streiten für einen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, der die Menschen überall auf dieser Welt in den Mittelpunkt stellt: die Beschäftigten, Rentner*innen, die Erwerbslosen – und die

Menschen von morgen, unsere Kinder und Enkel. Ihnen wollen wir eine lebenswerte, inklusive und klimagerechte Gesellschaft übergeben.

Mit einer gut ausgestatteten öffentlichen Daseinsvorsorge, in der das, was für alle da ist, auch allen gehört. Mit Orten, die den demokratischen Austausch befördern, gesellschaftlichen Zusammenhalt erfahrbar machen und die allen Zugang und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum eröffnen. Auf einem lebensfähigen Planeten, mit guter Luft zum Atmen. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um das Ziel zu erreichen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen – und die Wirtschaft und Gesellschaft sozial- und klimagerecht zu verändern.

Wir wollen Menschen Mut machen. Wir wollen für fünf Punkte gesellschaftliche Mehrheiten gewinnen. Sie sind realistisch und radikal. Sie verbessern das Leben der Mehrheit – und sind zugleich Weichenstellungen für eine andere Gesellschaft. Es sind entschiedene Schritte in eine soziale und ökologische Zukunft.

Wir wollen Veränderung für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Diese Veränderung werden wir als rebellischer Teil einer Mitte-links-Regierung vorantreiben oder aus der Opposition heraus die politische Agenda bestimmen.

DIE LINKE will diese Bundestagswahl zur Richtungsentscheidung machen. Endlich scheint die Mehrheit für eine fortschrittliche Regierung in Deutschland möglich. Diese Mehrheit und alle Verbesserungen, die sie verspricht, gibt es nur mit der LINKEN. Dafür stehen wir bereit. Für einen sozialökologischen Politikwechsel in Deutschland wollen wir Verantwortung übernehmen. Wir wollen regieren, um zu verändern! Eine andere Politik wird nicht maßgeblich im Parlament gemacht. Sie braucht Druck aus der Gesellschaft, von Gewerkschaften, sozialen und Klimabewegungen, von NGOs, Sozial- und Umweltverbänden und der Friedensbewegung. Druck von unten und Druck von der Straße. DIE LINKE ist in diesen Bewegungen verankert. Gemeinsam können wir die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft nach links verschieben. Wir sind die Adresse im Parlament, die frei von Konzern- und Lobbyinteressen ist. Wir geben denen eine Stimme, die von den anderen Parteien überhört werden.

4. Gibt es postkapitalistische Wege für Deutschland? Wie kann das System des Überflusses und Wachstumszwang überwunden werden?

Das ist keine Frage die mit zwei Sätzen beantwortet kann, deshalb schlage ich vor, dass der/die Fragensteller*in sich gerne mal mit mir auf ein Getränk zusammensetzen kann und wir das Ganze ausführlicher besprechen.

Kurz gesagt muss es natürlich etwas nach dem Kapitalismus geben aber die marktwirtschaftlichen Prozesse in der Gesellschaft können auf Dauer nicht gebrochen werden, weshalb man den Kapitalismus niemals vollständig abschaffen kann. Stattdessen muss der Markt als solcher akzeptiert und ein sozialer Ausgleich geschaffen werden. Deshalb fordert die LINKE den demokratischen Sozialismus, was im Endeffekt nichts anderes als eine wirklich soziale Marktwirtschaft ist, in der alle gut leben können.

5. BGE: Wie stehen Sie dazu?

Das bedingungslose Grundeinkommens hat seine Stärken und Schwächen. Seine Stärke ist, dass es durchaus das Zeug dazu hat die Konsumentenrolle jedes Menschen zu sichern, seine Schwäche ist aber dass es eben nur das kann. Es kann keine soziale Teilhabe garantieren, keine Selbsterfüllung und keine Integration in die Gesellschaft sicherstellen. Daher besteht die Gefahr dass man sich bei einem BGE als Staat zu sehr zurück nimmt und dabei essenzielle Bereiche vernachlässigt.

Ich bin Teil unserer innerparteilichen Bundesarbeitsgemeinschaft bedingungsloses Grundeinkommens und mache mich auch für dieses oder ähnliche Modelle stark, jedoch muss immer im Hinterkopf behalten werden, dass der Staat nicht nur für die finanzielle Absicherung der Menschen zuständig ist. Zudem darf ein BGE nicht zu einer direkten Subvention für Arbeitgeber werden, die ihren Mitarbeitern dann einfach weniger zahlen. Für den Fall der Einführung des BGE darf dieses also nicht als Einzelmaßnahme kommen sondern muss mit einem höheren Mindestlohn und Gehaltsabsicherungen einhergehen.